

dbb news

Einkommensrunde TV-L 25/26 / Nr. 4

November 2025

Unsere Forderung: 7 %, mindestens 300 Euro

„Wir sind die Lösung!“



Pressekonferenz am 17. November 2025

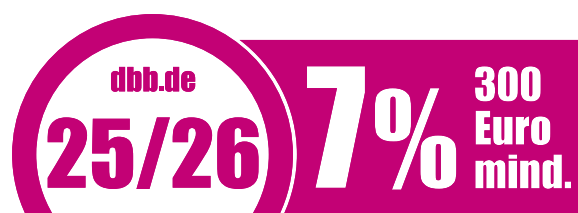
„Der öffentliche Dienst ist die Lösung für viele der Probleme, die unser Land derzeit und in Zukunft in ihrem Bann halten. Man muss ihn nur lassen und man darf ihn nicht länger beschneiden“, leitete dbb Chef Volker Geyer sein Statement bei der Pressekonferenz ein, in der die Gewerkschaften der Öffentlichkeit am 17. November 2025 in Berlin ihre Forderungen vorstellten. „Die Menschen zweifeln zumeist nicht an Demokratie und Pluralismus, sie misstrauen aber einem Staat, der die Basics nicht geregelt bekommt“, führte Geyer weiter aus. „Bröckelnde Autobahnbrücken, fehlendes Pflegepersonal, unbesetzte Stellen in den Schulen oder schwindendes Sicherheitsgefühl bei vielen Bürgerinnen und Bürgern haben oftmals

die gleiche Ursache. Es fehlt dem öffentlichen Dienst an Personal. Und genau das muss Thema der anstehenden Einkommensrunde mit den Ländern sein.“ In diesem Sinne versteht der dbb zum Beispiel seine lineare Kernforderung von 7 Prozent, mindestens 300 Euro, als Teil einer notwendigen Offensive für einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst.

Die Forderungen des dbb

Entgelt:

- Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 7 Prozent, mindestens aber 300 Euro monatlich, bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Erhöhung der Zeitzuschläge gemäß § 8 Abs. 1 TV-L um jeweils 20 Prozentpunkte und Errechnung auf der Basis der individuellen Stufe, mindestens jedoch der Stufe 3
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten um 200 Euro monatlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten



Sitzung der Bundestarifkommission am 17. November 2025



Auszubildende und Studierende:

- Übernahme der Auszubildenden und dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung unbefristet und in Vollzeit im erlernten Beruf
- Tarifierung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten, insbesondere: einheitliches Mindeststundenentgelt von 17 Euro im ersten Beschäftigungsjahr, 18 Euro im zweiten Beschäftigungsjahr und 19 Euro ab dem dritten Beschäftigungsjahr (Beginn ab dem ersten Arbeitsvertrag); Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten für jeden einzelnen Vertrag; Mindeststundenumfang von 40 Stunden pro Monat (Unterschreitung nur auf Antrag der Beschäftigten)

Die Erwartungen des dbb

Beschäftigte:

- Angleichung der Arbeitsbedingungen im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West, insbesondere: Regelung zur ordentlichen Unkündbarkeit, Angleichung der Arbeitszeit an Unikliniken
- Erhöhung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen im Länderbereich, insbesondere durch stufengleiche Höhergruppierung und Erhöhung der Wechselschicht- und Schichtzulagen nach dem Vorbild des TVöD
- Mitgliedervorteilsregelung: ein zusätzlicher freier Tag für Gewerkschaftsmitglieder
- Einführung eines Sonderkündigungsrechts der Sonderregelungen für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst (§ 52 TV-L)
- Einstieg in Verhandlungen zur Reform der Entgeltordnung Länder
- Umsetzung der Verhandlungszusage zum TV EntgO-L aus 2019, insbesondere zur vollständigen Einführung der Paralleltabelle für tarifbeschäftigte Lehrkräfte

Auszubildende, Studierende, Praktikantinnen und Praktikanten:

- Übernahme in Stufe 2 der jeweiligen Entgeltgruppe nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung
- Mobilitätzuschuss als Wahlmodell: Übernahme des Deutschlandtickets oder Tankkostenzuschuss in Höhe von 50 Euro
- Tarifierung der paxisintegriert dual Studierenden

Beamtinnen und Beamte, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger:

- zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen

Gesellschaftliche Probleme bei den Verhandlungen nicht ausklammern

Als Andreas Hemsing, Fachvorstand Tarifpolitik im dbb, die Bundestarifkommission nach erfolgtem Forderungsbeschluss auf die anstehende Einkommensrunde einschwor, machte er deutlich, „dass Konflikt und Kompromiss natürlich auch zu dieser Einkommensrunde gehören werden. Und zu beidem sind wir in der Lage. Aber es geht angesichts der angespann-



Sitzung der Bundestarifkommission am 17. November 2025



Volker Geyer vor der Presse



Sitzung der Bundestarifkommission am 17. November 2025



Sitzung der Bundestarifkommission am 17. November 2025



ten gesellschaftlichen Lage auch um etwas anderes: Die Position der am Potsdamer Verhandlungstisch sitzenden Arbeitgebervertreter, sich nur als Abgesandte ihrer Finanzministerien zu verstehen, würde der allgemeinen Situation nicht gerecht. Dieser Blickwinkel allein war nie hilfreich und es ist angesichts der für jedermann sichtbaren Probleme in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes – egal, ob Sicherheit, Bildung, Pflege, Kultur oder auch bürgernahe Verwaltung – nicht länger akzeptabel, diese Probleme bei den Verhandlungen einfach auszuklammern. Das werden wir nicht zulassen.“ Allerdings stellten beide, Geyer und Hemsing, auch klar, dass der dbb mit seinen Forderungen und mit seiner Kritik keine offenen Türen einrennen wird. Und deshalb brauchen wir nicht nur motivierende Forderungen und gute Argumente. Genauso brauchen wir auch Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit, um unsere berechtigten Anliegen durchzusetzen.

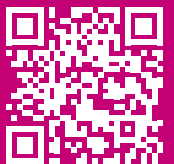
Beide Statusgruppen werden gebraucht

Beides werden wir von beiden Statusgruppen brauchen. In diesem Sinne ergänzte Roland Staude, Landesbundschef des DBB NRW: „Eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung wird zum Lackmus-Test für die Landesregierungen, ob sie es mit ihrer Wertschätzung für den öffentlichen Dienst tatsächlich ernst meinen.“ Eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten sowie die Versorgungsempfänger/-innen wird mit Sicherheit in nahezu allen Bundesländern kein Selbstläufer. Die Einkommensrunde geht also alle an und deshalb müssen auch alle mithelfen.

Wie geht's weiter?

Die Tarifverhandlungen starten am 3. Dezember 2025 in Berlin und werden am 15./16. Januar 2026 in Potsdam fortgesetzt, wo sie in der dritten Verhandlungsrunde vom 11. bis 13. Februar 2026 auch enden werden. Selbstverständlich wird der dbb in dieser Zeit stets tagesfrisch über mögliche Demos und Streiks berichten.

Weitere Infos zur
aktuellen
Einkommensrunde
finden Sie unter:
www.dbb.de/einkommensrunde



Der dbb und die DPoIG helfen!

Als Mitglied der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** unter dem Dach des **dbb** sind Sie sicher, immer nach Tarifvertrag bezahlt zu werden. Die 18 Landes- und Fachverbände der **DPoIG** mit ihren rund 100.000 Mitgliedern bieten ständige Kontakte ohne bürokratische Umwege. Sie genießen kostenlosen Rechtsschutz für alles, was im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit steht. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke der **DPoIG**. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dpolg.de und www.dbb.de, durch das Flugblatt **dbb news** und durch das Magazin **tacheles**. Grundsatzwerke und Kommentierungen erscheinen in der Reihe Tarifschriften.

